

Israels Regierung verhängt Todesurteil gegen verbliebene Gefangene

Max Blumenthal, thegrayzone.com, 08.08.25

Israels militärische Führung hat eingeräumt, dass die vollständige Besetzung des Gazastreifens zur Tötung der verbleibenden Geiseln führen würde. Doch Netanjahus Regierung scheint sie tot sehen zu wollen.

Im Juni 2024, nachdem die israelische Armee im Flüchtlingslager Nuseirat im Gazastreifen über 200 Zivilisten abgeschlachtet hatte, darunter mehrere im Hinrichtungsstil, um die Geisel Noa Argamani zu befreien, kündeten die *Al-Qassam-Brigaden* eine neue Politik an: Sollten israelische Soldaten Gebieten zu nahe kommen, in denen Gefangene festgehalten wurden, würden diese ihr Leben verlieren. Israels Weigerung, diesen Grundsatz zu beachten, führte etwas mehr als zwei Monate später zur Tötung von Hersh Goldberg-Polin und fünf weiteren.

Der israelische Sender *Channel 13* berichtete am 7. August, dass Smotrich einen vom israelischen Militär- und Geheimdienstapparat unterstützten Geiseldeal sabotiert und gemeinsam mit Netanjahu in ganz Gaza ein Blutbad entfesselt habe – ein eklatanter Verstoß gegen einen von den USA vermittelten Waffenstillstand.

Nachdem es nicht gelungen war, die Hamas durch eine aufgezwungene Hungersnot und vorhergehende Kampagnen militärischen Drucks zum Handeln zu zwingen, hat das israelische Sicherheitskabinett nun in einem Anfall von Verzweiflung Pläne zur ethnischen Säuberung ganz Gazas und zur Besetzung städtischer Gebiete, in denen sich Geiseln aufhalten könnten, gebilligt.

Eyal Zamir, der Generalstabschef der israelischen Armee, warnte das israelische Sicherheitskabinett, dass die vollständige Eroberung Gazas das Leben der Gefangenen gefährden würde. „Je tiefer wir in sensible Gebiete vordringen, desto größer ist die Gefahr für die Geiseln“, räumte er ein, bot aber dennoch an, die Eskalation zu unterstützen.

Das *Forum für Geiseln und Familien von Vermissten*, das sich für die Gefangenen einsetzt, ging sogar noch weiter und gab öffentlich bekannt, dass „die israelische Regierung die noch lebenden Geiseln zum Tode und die gefallenen Geiseln zum Verschwinden verurteilt“ habe, als sie eine Übernahme des Gazastreifens ankündigte.

Auch die Hamas warnte, dass der maximalistische israelische Plan die Gefangenen in Lebensgefahr bringen werde. „Netanjahus Pläne, die Aggression auszuweiten, bestätigen zweifelsfrei, dass er seine Gefangenen loswerden und opfern will“, erklärte die palästinensische Widerstandsgruppe.

Für die einflussreichsten Mitglieder der messianisch-faschistischen israelischen Regierung stellen die Gefangenen ein letztes Hindernis auf dem Weg zum „totalen Sieg“ dar, der nur durch die Niederlage der Hamas, die Annexion des nördlichen Gazastreifens und die Vertreibung eines großen Teils der Bevölkerung Gazas erreicht werden kann. Bezalel Smotrich, der fanatische Finanzminister und Dreh- und Angelpunkt von Netanjahus Koalition, hat offen erklärt, dass es „nicht das Wichtigste“ sei, die Geiseln durch Verhandlungen freizubekommen.

Der israelische Sender *Channel 13* berichtete am 7. August, dass Smotrich einen vom israelischen Militär- und Geheimdienstapparat unterstützten Geiseldeal sabotiert und gemeinsam mit Netanjahu in ganz Gaza ein Blutbad entfesselt habe – ein eklatanter Verstoß gegen einen von den USA vermittelten Waffenstillstand. Jetzt, da die vollständige Eroberung Gazas bevorsteht, bietet sich ihm und seinen Verbündeten die verlockende Gelegenheit, die verbliebenen israelischen Gefangenen im Gazastreifen zu vernichten. Ihrer Ansicht nach würde dies der Hamas ihre Verhandlungsmacht nehmen und den Weg zum Triumph freimachen.

Israels Militär demonstrierte erstmals seine Bereitschaft, eine große Zahl seiner eigenen Bürger zu töten, als es am 7. Oktober 2023 die Direktive „Massen-Hannibal“[±] in Kraft setzte. Der Zweck dieser Freigabe des Schießbefehls, die zur Zerstörung zahlreicher Fahrzeuge mit jüdischen israelischen Gefangenen auf dem Weg nach Gaza und zur Tötung möglicherweise Hunderter israelischer Bürger führten, bestand darin, die Fähigkeit des Feindes einzuschränken, durch einen Geiseldeal politische Zugeständnisse zu erzwingen.

In den darauffolgenden Monaten wurden bei israelischen Angriffen mindestens 20 Gefangene in Gaza getötet und über 50 weitere verletzt oder in Gefahr gebracht, wie aus einer Untersuchung von *Haaretz* hervorgeht. Die israelische Zeitung ließ die Frau und die kleinen Kinder von Yarden Bibas, einem ehemaligen Gefangenen, unerwähnt, der während seiner Gefangenschaft zugab, dass seine Familie bei einem israelischen Luftangriff getötet worden war.

Für die israelische Regierung sind die wenigen noch lebenden Gefangenen im Gazastreifen ein unbequemes politisches Hindernis auf dem Weg zum „totalen Sieg“. Die am 7. Oktober begonnene *Massen-Hannibal-Direktive* könnte bald abgeschlossen sein.

Der Chefredakteur von The Grayzone, Max Blumenthal, ist ein preisgekrönter Journalist und Autor mehrerer Bücher, darunter die Bestseller „Republican Gomorrah“, „Goliath“, „Der Einundfünfzigstagekrieg“ und „Management der Barbarei“. Er hat Artikel für verschiedene Publikationen verfasst und zahlreiche Videoberichte und mehrere Dokumentarfilme gemacht, darunter „Killing Gaza“. Blumenthal gründete The Grayzone 2015, um Amerikas Zustand des ewigen Krieges und seine gefährlichen innenpolitischen Auswirkungen journalistisch zu beleuchten.

* <https://thegrayzone.com/2023/10/27/israels-military-shelled-burning-tanks-helicopters>

Quelle: <https://thegrayzone.com/2025/08/08/israels-death-sentence-remaining-captives>

(Innerhalb des Artikels hat es weitere Links)

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de

Unterschiedliche Gruppen fordern Delaware auf, die Unternehmenssatzung der „Gaza Humanitarian Foundation“ wegen Beihilfe zum Völkermord zu widerrufen

Das *Center for Constitutional Rights* schließt sich lokalen Organisationen an und fordert die Generalstaatsanwältin von Delaware auf, die *Gaza Humanitarian Foundation* wegen ihrer Mittäterschaft an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in Gaza zu untersuchen.

Michael Arria, mondoweiss.net, 15.08.25

Das *Center for Constitutional Rights* (CCR) fordert den Generalstaatsanwalt von Delaware auf, die in diesem Bundesstaat registrierte *Gaza Humanitarian Foundation* (GHF) zu untersuchen.

„In meiner gesamten Laufbahn habe ich noch nie ein solches Ausmaß an Brutalität und den Einsatz willkürlicher und unnötiger Gewalt gegen eine Zivilbevölkerung, eine unbewaffnete, hungernde Bevölkerung, erlebt“. „Ich habe so etwas noch nie erlebt, an keinem der Orte, an denen ich im Krieg eingesetzt war, bis ich in Gaza war – durch die israelische Armee und US-amerikanische Vertragspartner“. Anthony Aguilar, ehem. Mitarbeiter bei der GHF

Diese Woche hat CCR einen Brief an die Generalstaatsanwältin von Delaware, Kathy Jennings, geschickt, in dem detailliert dargelegt wird, wie die GHF sich an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in Gaza mitschuldig macht. Laut CCR ist Jennings verpflichtet, die Organisation zu verklagen, um ihre Unternehmenssatzung zu widerrufen. „Die GHF verstößt in eklatanter Weise gegen die grundlegenden humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit und hat sich als opportunistische und willfähige Organisation erwiesen, die sich als humanitäre Organisation tarnt“, heißt es in dem Schreiben.

Jennings hat die Forderung nicht öffentlich bestätigt.

„Generalstaatsanwältin Jennings hat die Macht, den Lauf der Geschichte entscheidend zu verändern und Leben zu retten, indem sie Maßnahmen zur Auflösung der GHF ergreift“, erklärte CCR-Anwältin Adina Marx-Arpadi in einer Stellungnahme. „Wir fordern sie auf, ihre Macht zu nutzen, um diese gefährliche Organisation, die sich als Wohltätigkeitsorganisation tarnt, während sie Tod und Gewalt in Gaza fördert, unverzüglich zu stoppen.“

Der Brief des CCR kommt nur wenige Wochen, nachdem Jennings einen ähnlichen Brief von *Delawareans for Palestinian Human Rights (DelPHR)* erhalten hatte.

„Die GHF ist ein Agent der USA und Israels und wird dazu benutzt, die Bevölkerung auszuhungern (ein Kriegsverbrechen), ethnische Säuberungen durchzuführen (ein Kriegsverbrechen) und Zivilisten in Gaza vorsätzlich zu töten (ein Kriegsverbrechen)“, hieß es darin. „Heute haben die Einwohner von Delaware bekräftigt, dass wir keine Kriegsverbrecher in unserem Bundesstaat beherbergen wollen, und daher Generalstaatsanwalt Jennings gebeten, ein Verfahren zur Auflösung der GHF einzuleiten, da diese gegen das humanitäre Völkerrecht und US-Recht verstoßen hat.“

Die GHF hat seit der Übernahme der Lebensmittelverteilung in Gaza im Mai 2025 mit heftigen Reaktionen zu kämpfen. Im Gegensatz zur UNWRA, einer rein humanitären Organisation, die zuvor für die Verteilung von Hilfsgütern im Gazastreifen zuständig war, stützt sich die GHF auf private Sicherheitskräfte und Logistikunternehmen. Seit die GHF die Verantwortung übernommen hat, sind Hunderte Palästinenser an den Standorten ums Leben gekommen. Die UNO hat das derzeitige System als „von Natur aus unsicher“ verurteilt.

Im Juni unterzeichneten fast 200 Wohltätigkeitsorganisationen eine gemeinsame Erklärung, in der sie ein Ende des Systems forderten. „Die Palästinenser in Gaza stehen vor einer unmöglichen Wahl: hungern oder riskieren, erschossen zu werden, während sie verzweifelt versuchen, Lebensmittel für ihre Familien zu beschaffen“, heißt es in der Erklärung. Eine Reihe demokratischer Abgeordneter hat ebenfalls ein Ende der Vertriebsstruktur gefordert. „Wir fordern Sie dringend auf, alle US-Finanzmittel für die GHF unverzüglich einzustellen und die Unterstützung für die bestehenden, von den Vereinten Nationen geleiteten Mechanismen zur Koordinierung der Hilfe wieder aufzunehmen, wobei eine verstärkte Aufsicht sicherzustellen ist, damit die humanitäre Hilfe die bedürftigen Zivilisten erreicht“, heißt es in einem Schreiben an Außenminister Marco Rubio, das von Senator Chris Van Hollen (D-MD) verfasst und von 21 Senatoren unterzeichnet wurde.

Im vergangenen Monat sagte der ehemalige GHF-Auftragnehmer Anthony Aguilar, er habe beobachtet, wie israelische Soldaten an Hilfsstandorten im Gazastreifen Kriegsverbrechen begangen hätten. „In meiner gesamten Laufbahn habe ich noch nie ein solches Ausmaß an Brutalität und den Einsatz willkürlicher und unnötiger Gewalt gegen eine Zivilbevölkerung, eine unbewaffnete, hungernde Bevölkerung, erlebt“, sagte Aguilar. „Ich habe so etwas noch nie erlebt, an keinem der Orte, an denen ich im Krieg eingesetzt war, bis ich in Gaza war – durch die israelische Armee und US-amerikanische Vertragspartner“, fuhr er fort.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2025/08/groups-calls-on-delaware-to-revoke-gaza-humanitarian-foundations-corporate-charter-over-complicity-in-genocide/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de